

Jahresbericht 2022

Zusammenfassung bewilligter und durchgeführter Projekte

Unterstützung für die durch ein Erdbeben Ende November 2021 geschädigten Familien.

Zunächst provisorisch in einem Zeltlager in Bagua Grande unterbracht, konnten die Erdbebenopfer Mitte 2022 die staatlich gestellten Containerhäuser beziehen, die man außerhalb der Stadt Bagua im „Niemandland“ aufgestellt hatte. Von den zahlreichen, hier angesiedelten Familien, waren Ende des Jahres allerdings nur noch sechs übrig. Die Drei-Zimmer-Container heizen sich über die Mittagszeit extrem auf, weshalb die Bewohner Holzanbauten



errichtet haben, in denen sie sich tagsüber aufhalten. Die einfachen Verschlüsse sind besser belüftet, die Temperatur übersteigen nur selten die 30-Grad-Marke. Alle Familien teilen sich eine gemeinsame Sanitäreanlage am Siedlungsrand, wöchentlich füllt ein Tanklaster Wasser in die Hochbehälter.

Für die Familien, die bis zum Erdbeben etwas erhöht in Dörfern in Hanglage gelebt und Felder bewirtschaftet hatten, war der

Umzug in ein Reisanbaugebiet mit entsprechendem Klima keine gute Idee. Nicht nur wegen der Temperaturen: Die meisten Väter sind heute nur am Wochenende in der neuen Siedlung, denn sie müssen unter der Woche ihre, oft weit entfernten Felder bewirtschaften – auf denen stehen oft kleine Schutzhütten mit einer einfachen Kochgelegenheit.

So kam es wie es kommen musste: die Familien haben sich mit der Situation arrangiert – ohne staatliche Zusage für Land, um ihr Dorf wieder aufzubauen, sind sie irgendwo untergekommen, zu Bekannten gezogen oder haben sich eine einfache Wellblechhütte in der Nähe des ehemaligen Dorfes gebaut. Sofern Pfarrer Robert wusste, wo sie hingezogen waren, konnte er sie noch weiter mit Lebensmitteln unterstützen.

Folgende finanzielle Unterstützung wiederholt sich jährlich:

Übernahme von Kosten für drei Stipendiaten des Internats der Partnerschaft

Die Kosten für den Unterhalt von drei Studierenden werden mit einem Betrag in Höhe von jährlich 1.500€ übernommen. Seit vielen Jahren ist das Internat in Chachapoyas ein wirkungsvolles Projekt der Kirchengemeinden Dunningen, Seedorf und Lackendorf, woran sich der Alianza e.V. beteiligt.

Alianza e.V. beteiligt sich an Personalkosten für die Verwaltung

Für die Verwaltung unserer Projekte aber auch zur Beurteilung und Klärung von Projekthaltungen auch in Zusammenhang mit dem „Rat der Alianza“ und der Nichtregierungsorganisation Alianza sowie zur Weiterleitung von Informationen, arbeiten Irma Alva Tauca (Verwaltungskraft) und Andreas Haag für die ALIANZA in Chachapoyas für

uns. Die jährlichen Gesamtkosten teilen sich die kirchliche Partnerschaft und unser Verein Alianza e.V.

Schülerunterkunft in Providencia

Die Schülerunterkunft in Providencia musste bedingt durch die Pandemie in den Jahren 2021 und 2022 geschlossen werden, daher sind keine Kosten angefallen. Für das Jahr 2023 wurde avisiert, dass die Unterkunft mit Anfang des Schuljahres im März 2023 wieder den Betrieb aufnimmt.

Zusammenfassung unserer Aktivitäten - Eine – Welt – Camp 2022



Ende August reisten etwa 50 junge Menschen, überwiegend zwischen 9 und 15 Jahre alt, auf den Ibichhof im Simonswäldertal. Die ersten Tage standen Planspiele im Programm, wie das Weltspiel, worüber Zahlen, Verteilung und Machtstrukturen begreif- und erlebbar wurden, um auf ungerechte Verhältnisse und Zusammenhänge hinzuweisen. Daraufhin wurden aktuelle globale Herausforderungen analysiert. Es ging um Frieden und menschliche Sicherheit, darum, Interessenskonflikte zu lösen, verbunden mit der Frage: Können alle gewinnen? Die Weltgemeinschaft machte sich Gedanken zu eigenen und gemeinsamen Wertevorstellungen. Auch die Endlichkeit nachwachsender Rohstoffe bei Übernutzung, die Nachhaltigkeit ökonomischen Handelns und das eigene Verhalten diesbezüglich waren Thema. Die Erfahrung, dass Reiche reicher werden und Arme arm bleiben, Macht und Ohnmacht, bzw. ökonomische Stärke einerseits und Chancenlosigkeit andererseits, wurde im Perlenspiel reflektiert und später auf politische Bereiche (z.B. die Welthandelsituation bestimmter Länder) übertragen. Wie das Weltmittagessen hatte dies eine stark gefühlsmäßige Beteiligung aller, sowie intensive gruppenspezifische Prozesse zur Folge und eignete sich als bewusst spielerische Auseinandersetzung mit Fragen des Welthandels und der Gerechtigkeit, sowie mit Menschen-/Grundrechten als Voraussetzung für Frieden und menschliche Sicherheit. Ein Rahmen für die bunte Zukunftswerkstatt, boten die Impulse in der Hofkapelle. Zum Austausch darüber, wie wir in Zukunft leben möchten, kam es im „Außenlager“. Innerhalb von mehr als einem Tag, gelang es dabei allen Kleingruppen, mit Karte und Kompass wohl behalten auf den Ibichhof zurückzufinden. Unter dem Motto „So wird unsere Welt, wie sie uns gefällt“ wurde die letzten Tage einiges geschafft. Die Friedenswerkstatt brachte z.B. einen selbst ausgedachten Film und ein Kleidertauschlädele hervor, eine Brücke wurde gebaut, eine Schaukel zur Stromerzeugung installiert und ein solidarischer Kräutergarten auf dem Hof angelegt. Eine Gruppe lernte, mit welchen Erste-Hilfe-Maßnahmen in Notsituationen andern geholfen werden kann. Leider konnte erneut kein Lagerfeuer gemacht werden. Was der Klimawandel nicht alles mit sich

bringt! Gesungen wurde trotzdem, oder zum Trotz - hoffnungsvoll, zuversichtlich und fröhlich!
Auf diese

Weise wurde auch der Bunte Abend und das Abholfest mit den Familien gefeiert. Ein besonderer Dank gilt dem erstklassigen Küchenteam, das durchweg lecker und vegetarisch, ein fabelhaftes Essen für alle auf die Teller zauberte!



Gruppenbild der Eine-Welt-Camp Teilnehmer*innen und Teamer*innen 2022 mit der Flagge

Situation in Peru

Aus aktuellem Anlass in Peru, dem Selbstputschversuch von Präsident Perdo Castillo am 7.12.22, haben wir uns entschieden, eine persönliche Stellungnahme von Andreas Haag zur aktuellen politischen Krise in Peru anzuhängen.

Die politische Krise in Peru

Am 7. Dezember 2022 hat Präsident Pedro Castillo in einer überraschend angekündigten Verlautbarung bekannt gegeben, dass er den Kongress mit sofortiger Wirkung auflöse und fortan per Notstandsgesetze regieren wolle. Für denselben Tag war eine Versammlung im Kongress vorgesehen worden, in der über die Amtsenthebung von Präsident Castillo abgestimmt werden sollte. Ohne Rückhalt von Militär und Ordnungskräften oder seines Kabinetts verlief dieser „Selbstputsch“ allerdings im Sande, trotzdem oder gerade deshalb wurde am Nachmittag im Kongress mit großer Mehrheit die Amtsenthebung beschlossen, kurz darauf wurde Castillo auf dem Weg ins Exil in der mexikanischen Botschaft abgefangen und festgenommen und ist seitdem in Haft. Vizepräsidentin Dina Boluarte wurde anschließend verfassungsgemäß als Präsidentin vereidigt. Seitdem gibt es heftige Proteste, vor allem im Süden des Landes. Die Demonstranten verlangen teilweise sofortige Neuwahlen, einige auch die Wiedereinsetzung Castillos. Alleine am 10. Januar hat es fast 20 Tote gegeben, insgesamt sind über 50 Tote zu beklagen.

Dies ist das vorerst letzte Kapitel der politischen Krise in Peru, die sich seit Jahrzehnten angebahnt hat. Wie konnte es soweit kommen?

Seit Mitte der 1980er-Jahre haben sich alle Regierungen, gleich welcher Colour, durch neoliberale Politik ausgezeichnet. Dies bedeutete einen graduellen Rückzug des Staates

aus seinen traditionellen Aufgaben wie Gesundheit und Bildungswesen und freie Hand für multinationale Unternehmen, etwa im Bergbau und Agrarexport. Anfang der 1990er-Jahre hat Präsident Alberto Fujimori schon einmal den Kongress geschlossen, er hatte aber Panzer auffahren lassen, so dass er die Maßnahme auch durchsetzen konnte. Auf Proteste der Weltgemeinschaft hin wurde dann aber 1993 eine verfassungsgebende Versammlung einberufen. Die von Fujimori maßgeschneiderte Verfassung ist bis heute in Kraft. In der Folgezeit verschwanden viele der etablierten Parteien von der politischen Landkarte. Dazu kam, dass das Land vom Terrorismus des „Leuchtenden Pfad“ gezeichnet war, einer Terrorbewegung die sich selbst als „maoistisch“ bezeichnete. Der bürgerkriegsähnliche Zustand forderte rund 70.000 Menschenleben. Die Regierung Fujimori bekämpfte den Terror mit militärischen Mitteln: viele Selbsthilfegruppen und linke Parteien wurden als Unterstützer verdächtigt und verfolgt oder aufgelöst.

Die heutige „Parteienlandschaft“ setzt sich hauptsächlich aus kurzlebigen Bündnissen zusammen, die von selbsternannten Führungspersönlichkeiten (hier „Caudillo“ genannt) umgeben sind. Diese Bündnisse werden zum Zwecke des Wahlkampfes geschlossen, zerfallen aber meist schnell wieder, so dass der peruanische Kongress immer aus zahlreichen Splittergruppen besteht. In den letzten Legislaturperioden hatte keiner der direkt vom Volk gewählten Präsidenten auch nur entfernt eine Mehrheit im Parlament. Peru hatte in den vergangenen sechs Jahren sechs Präsidenten.

Vollblutpolitiker gibt es praktisch nicht mehr, man hat den Eindruck, dass die Parlamentarier statt eines politischen Ideals nurmehr eigene Interessen verfolgen oder als Lobbyisten die Interessen von Unternehmen vertreten. So hat Peru zum Beispiel im Agroexportsektor eine besondere Arbeitsgesetzgebung, die Unternehmer von der Zahlung bestimmter Sozialleistungen befreit. Auch für den Bergbau gibt es viele „Erleichterungen“, von Steuern über Umweltauflagen bis hin zu den Rechten der Arbeiter.

Ein weiteres Beispiel ist, dass Peru als einziges Land der Welt den Standard der Reinheit medizinischen Sauerstoffs auf 99% angehoben hat. So wurden praktisch sämtliche Sauerstoffanlagen der Krankenhäuser obsolet, den Zuschlag für die Lieferung von Sauerstoff an die Krankenhäuser bekamen zwei Firmen, die durch illegale Absprache den Preis in die Höhe trieben. Ans Licht kam die Geschichte während der Coronapandemie, als nicht genug Sauerstoff verfügbar war. Wer diesen Deal wohl angezettelt hat, kann man nur erahnen, wieviel Geld unter der Hand da geflossen ist, ist nicht bekannt.

Überhaupt ist Korruption ein Krebsgeschwür, das sich tief in Politik und Wirtschaft eingefressen hat.

Das Vertrauen in die Politik ist in der Bevölkerung auf null gesunken, es gibt auch praktisch keine Möglichkeit für den „kleinen Mann“ sich politisch zu betätigen oder auf die Politik einzuwirken. So werden Straßenblockaden und Proteste zur einzigen Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen.

Im letzten Wahlkampf um den Präsidentenposten traten dann also Pedro Castillo und Keiko Fujimori, die Tochter des inhaftierten Exdiktators Alberto Fujimori, in einer Stichwahl gegeneinander an. Extreme Linke gegen extreme Rechte. Sicherlich ist es den Protestwählern, die Fujimori nicht an der Macht sehen wollten, zu verdanken, dass der Außenseiter Castillo im ersten Wahlgang noch unter „ferner liefen“ vermerkt, die Wahl gewinnen konnte. Das Rechte Parteienspektrum versuchte aber bereits vor dem Amtsantritt, Castillo wieder loszuwerden und seine kurze Amtszeit war geprägt von heftigem Geplänkel zwischen Kabinett (das mehrmals umgebildet werden musste, weil nicht vom Kongress bestätigt) und dem Parlament (von der Regierung mit Auflösung bedroht), so dass man das Gefühl hat, dass sich die Akteure nur im Kreis drehen, notwendige Weichenstellungen

außen vor bleiben. So konnte auch die von Castillo im Wahlkampf angekündigte Verfassungsreform nicht angegangen werden.

Die Rechte im Gleichklang mit den Medien beschuldigt „die Kommunisten“, angeblich infiltrierte „Terroristen“ nun der Ausschreitungen. Unter diesem Vorwand wurden bereits die Büros linker Politiker und Organisationen durchsucht. Die erst vor eineinhalb Jahren eingesetzte Regierung wird nun aller Verfehlungen der neoliberalen rechten Politik der letzten Jahrzehnte beschuldigt, die etablierten Machtzirkel der hauptstädtischen weißen Oligarchie sehen ihre Chance gekommen, die kurzfristig in die Politik eingezogenen „Cholos“ (abschätzig Bezeichnung für Nichtwissen Inlandsbewohner), wieder loszuwerden, um wie bisher ihre eigenen Interessen weiterverfolgen zu können. Peru hat sich in den letzten Jahrzehnten praktisch zum reinen Rohstofflieferanten entwickelt, deren Ausbeutung für wenige exorbitante Gewinne, für viele aber die Folgen von Umweltschäden und Armut mit sich bringen. Dazu gehören auch die auf Export ausgerichtete Landwirtschaft vor allem an der Küste und der schonungslose Raubbau an den Urwäldern des Amazonasgebietes. Nachhaltige Industrialisierung, langfristige Ernährungssicherheit, Integration des Vielvölkerstaates oder Umweltschutz stehen nicht auf der Agenda.

Jetzt befindet sich Peru politisch in einer Talsohle oder K.O. Situation: Die geforderten sofortigen Neuwahlen brächten unter den momentanen Voraussetzungen keine Änderung der Situation. Eine starke Führungspersönlichkeit steht auch nicht in den Startlöchern. Zum Glück, kann ich nur sagen, denn ein „Heilsbringer“ ala Trump, Bolsonaro (Brasilien) oder Maduro (Venezuela) würde Peru nicht guttun. Bleibt nur der Weg eines schmerzlichen, aber demokratischen Prozesses.

Was wird in den nächsten Monaten geschehen? Das ist nicht einfach vorauszusagen. Wird Dina Boluarte bis zu den vorgezogenen Neuwahlen Anfang 2024 im Amt bleiben können? Derzeit gibt es eine Art Waffenruhe, hat sie doch der Rechten Zugeständnisse gemacht, aber ich fürchte hinter der Hand werden die Dolche gewetzt, um sie bei nächster Gelegenheit auch abzusägen. Die Machtgewohnten würden sicher auch nicht vor einer Machtübernahme durch das Militär zurückschrecken, solange das ihren persönlichen Zielen dienlich ist. Eine Verfassungsreform oder das Ausarbeiten einer neuen Verfassung (wie derzeit in Chile) ist nicht zeitnah zu verwirklichen, in diesem Moment der Wirren erst recht nicht.

Wenn wir den Blick zurückschweifen lassen auf die 200jährige Geschichte der Republik Peru, können wir feststellen, dass es mehr Krisenzeiten als Phasen relativer Stabilität gegeben hat. Und als Hoffnung bleibt: Irgendwie werden sich die Peruaner auch diesmal wieder durchmogeln.

Derzeit, Ende Januar, hat sich praktisch nichts an der Situation geändert. Weiterhin ist hauptsächlich der Süden des Landes betroffen. Die Touristenhochburg Cuzco ist wie ausgestorben, die Inkaruinen von Machu Picchu geschlossen. Benzin und Diesel sowie Gas sind knapp. Teilweise unterstützt die Bevölkerung die Ordnungskräfte, die Straßenblockaden zu durchbrechen, weil sie die Engpässe auch in der Lebensmittelversorgung satthalt. Gespräche zwischen der Regierung und den Wortführern der Demonstranten, die oft kaum auszumachen sind, hat es bislang nicht gegeben. Die kaum umsetzbaren Forderungen sind dieselben: Auflösung des Parlaments und Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte und sofortige Neuwahlen. Ein Ende der Krise ist vorerst nicht absehbar.

Frank Friedrich
Vorstand

25.01.2023